

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr
... (Details regarding subscription fees and rates for different parts of the newspaper)

Anzeigen-Zarif
... (Details regarding advertising rates and conditions for various types of ads)

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Lebeck's Für Feinschmecker:

Fondant-Chocolade	per Tafel 50 ¢
Rahm-Chocolade	
Bitter-Chocolade	
Cacao per 1/2 Kg.	Dose 2,40 M.
Dessert per Carton	2,3 u. 4 M.

 Mark: Dreiring.

Hauptgeschäftsstelle:
Rorichenstraße 38/10.

RAUM Ausverkauf
 der Restbestände des Lagers der Firma G. Ritter:
Einzelmöbel, kompl. Zimmer
Gardinen, Stoffe, Teppiche
 nur **Viktoriastraße 16, I. Etage.**
 Praktische, billige Weihnachtsgeschenke.

Weihnachten!
 Immerfort Neuheiten
Ebeling & Croener
 Bankstrasse 11.

Hüte jeder Art
Buchholz (21)
 nur **Wettinerstr.**

Prothese

künstliche Arme, Beine, Füße, Hände, Finger, Stelzfüße, Arbeitsklausen usw. fertigt nach bewährten Eigenkonstruktionen in künstlerischer Ausführung unter Gewährung besonderer Vergünstigungen an Krankenkassen und Berufsgenossenschaften

Carl Wendschuch's Etablissement

Struvestrasse 11.

Für eilige Leser.

Entschuldigende Bitterung: Wollig, mild, zeitweise Niederschlag.
 Aus Anlaß des Landtagesschlusses wird Freitag vormittag in der Evangelischen Hofkirche ein Gottesdienst und Freitagabend im königlichen Schloß eine Landtagestafel stattfinden.
 Die Erste Kammer erledigte gestern sämtliche Petitionen - mit Ausnahme der Beschlüsse über die Autagarichte - in Hebererstimmung mit der Zweiten Kammer.
 Die Zweite Kammer trat in der Schlussberatung des Kirchen- und Schulneuergesetzes in einigen Punkten den Beschlüssen der Ersten Kammer bei, blieb aber im übrigen bei ihren früheren Beschlüssen stehen; dann beantwortete Kultusminister Dr. Ved die freisinnige Interpellation über die Verbermähregelungen.

Die Botenkonferenz wurde Dienstag nachmittag im Auswärtigen Amt in London eröffnet. An der Einfahrt in die Dardanellen hat nach einer Nachricht aus London gestern früh ein neues Gefecht zwischen der türkischen und der griechischen Flotte begonnen.
 Nach Meldungen aus Saloniki fanden dort Straßenkämpfe zwischen Griechen und Bulgaren statt; ein Grieche soll auf den bulgarischen General Andrejew geschossen und ihn lebensgefährlich verwundet haben.
 Der Prozess gegen den Abgeordneten Kovacs, der seinerzeit auf den Präsidenten Tissa schoss, endete gestern mit der Freisprechung des Angeklagten. Der für Montag geplant gewesene französische Generalfreikrieg in vollständig geicheitert.

Die französische Präsidentenwahl

Recht augenblicklich im Zeichen der bestimmten Ablehnung, die der Arbeitsminister Leon Bourgeois den Sirenenlockungen der Republikaner entgegengekehrt hat. Es besteht kein Zweifel darüber, dass Bourgeois einer der fähigsten Köpfe ist, über welche die französischen Republikaner auszuweisen verfügen. Seine staatsmännische Begabung hat er lange Jahre hindurch bei der Verwaltung der verschiedenen Ressorts in mehreren Kabinetten bewiesen; auch war er Vertreter der dritten Republik auf der Haager Friedenskonferenz und erregte damals durch seine glänzende Beredsamkeit Aufsehen. Der hervorzuhebenste Zug seines Wesens ist aber eine Neigung zu abstrakter wissenschaftlicher Betätigung, und da zugleich sein Gesundheitszustand ihm die Pflege einer ehrenvollen Ruhe rätlich erscheinen läßt, so wird man wohl den Gerüchten glauben schenken dürfen, die ihm einen Sitz in der Academie Francaise und damit das Ende seiner politischen Laufbahn überhaupt in Aussicht stellen. Nach ihm drängt sich in erster Linie der Name Poincaré für die Kandidatur um die Präsidentenwürde in den Vordergrund. Eine Zeitlang konnte man mit seiner Wahl als einer starken Wahrscheinlichkeit rechnen, indessen ist seine Beliebtheit sehr zusammenschmolzen, seit die hohe Politik ihm durch die empfindliche Niederlage, die er mit seinem Vorschlage über die orientalische „Desinteresses“-Erklärung der Mächte erlitt, so übel mitgespielt hat. Außerdem kommt die Verschlechterung seiner Stellung hinzu, die mit den Kämpfen um die Wahlrechtsreform verbunden gewesen ist. Herr Poincaré ist bekanntlich der geistige Urheber der Vorlage über die Einführung der Verhältniswahl, die durch Berücksichtigung der beachtlichen Minderheiten dem parlamentarischen Korruptionssystem des Radikalismus einen Damm entgegenzusetzen soll, und die in der Kammer von der Regierung mit einem großen Aufwande von zielbewusster Energie durchgedrückt worden ist. Die Radikalen, von der Angst um ihre Mandate und ihrer parlamentarischen Vorherrschaft geleiteten Gegner der Reform haben aber inzwischen zum Sturm auf der ganzen Linie geblasen und wirklich im Senat einen so starken Heerbann aufzubringen gewußt, daß die Annahme der Vorlage durch die Erste Kammer der Republik zweifelhaft erscheint. Es ist daher auch anzunehmen, daß die Radikalen alle Hebel in Bewegung setzen werden, um die Erhebung eines Mannes, in dem sich der ihnen verhobene Gedanke der Verhältniswahl verkörpert, auf den Präsidentenstuhl zu verhindern. Da die Frage der Wahlrechtsreform gegenwärtig in der inneren Politik der dritten Republik die Gemüter außerordentlich erregt und da die Radikalen alles aufbieten, um die Verhältniswahl zu Fall zu bringen, so läßt sich dem Präsidenten des Senats,

Herrn Antoine Dubost, als ausgesprochenem Gegner des „Proporz“, ein günstiges Horoskop stellen, wenn natürlich auch nicht ausgeschlossen ist, daß im entscheidenden Augenblicke ein „dark horse“, wie der Amerikaner bei seiner Präsidentenwahl zu sagen pflegt, eine eigentlich gar nicht in Aussicht genommene Persönlichkeit, als Kompromißkandidat das Feld behauptet. Für Herrn Dubost würde übrigens auch noch eine bereits wiederholt beobachtete Trablition sprechen, nach welcher dem Senatspräsidenten die erste Anwartschaft auf die Präsidentenwürde zukommt; so sind zum Beispiel Foubert und Fallières vom Palais de Luxembourg ins Elisee übergespritzt.

Die öffentliche Meinung Frankreichs beschäftigt sich diesmal mit der Wahl des Staatsoberhauptes, die verfassungsgemäß für einen Zeitraum von sieben Jahren ansetzt, ist etwas lebhafter als gewöhnlich. Bemerkenswert ist namentlich die von Blättern der verschiedensten Richtungen aufgestellte Forderung, daß der Präsident mehr als bisher eine selbständige Figur machen solle. Demnach scheint die geradezu marionettenhafte Art, wie die französischen Präsidenten ihres Amtes zu walten pflegen, den Franzosen allgemein auf die Nerven gefallen zu sein. Das „Oberhaupt“ der dritten Republik ist in Wirklichkeit nichts als eine Drahtpuppe in der Hand des jeweiligen Ministerräsidenten, der ganz nach Belieben mit dem Präsidenten umspringt. Es soll manchmal zu Szenen gekommen sein, die, vom Standpunkt der Autorität und Souveränität betrachtet, jeder Beschreibung spotten und einen blutigen Dorn auf den Begriff des Staatsoberhauptes bilden. Der französische Präsident, wie er sich bisher in der 42-jährigen Geschichte der dritten Republik betätigt hat, dient zu weiter nichts als zu repräsentativen Zwecken. Er fährt gewöhnlich von einer Anstellung im Lande zur anderen, enthüllt die unwahrscheinlichsten Denkmäler, nimmt an allen möglichen feierlichen Veranstaltungen sonstiger Art teil und hält bei allen dergleichen Gelegenheiten Ansprachen, die dem Kabinettschef um so besser gefallen und um so „anständiger“ von ihm zensiert werden, je farbloser und nichtsagender sie sind. Das paßt nun einem großen Teile der Franzosen nicht mehr. Sie sehnen sich schon längst nach einer selbständigen Persönlichkeit, die in das ewige Einerlei des Präsidentenrats und der Verleugnung jeder eigenen Individualität etwas Abwechslung bringt und dem öffentlichen Leben der Republik durch Anklänge an die Allüren eines „starken Mannes“ einige Aufmunterung verleiht. Der „unpersönliche“ Präsident ist den Franzosen und vor allem den Parisern einfach langweilig geworden.

wurden. Sogar Frau und Tochter des Präsidenten müssen sich kritische Aufstellungen gefallen lassen, und es mehren sich die Stimmen, die es „entwürdigend“ finden, daß das Oberhaupt der dritten Republik bei den Besuchen von Monarchen ohne jede Uniform erscheint. Es hecht eben den Franzosen noch eine lästige Tois Vorliebe für höflichen Glanz und Prunk im Blute, trotz aller republikanischen Gleichmacherei, die wohl äußerlich betrieben wird, aber nicht einer schgewurzellen inneren Heberzeugung entspricht, wie bei dem lächlichen Schweizerischen Naturvolke, das in Wahrheit für die Republik geboren ist, während sie bei den Franzosen nur als eine künstlich aufgepflanzte Staatsform gelten kann.

Es wird interessant sein zu beobachten, ob es dem Teil der öffentlichen Meinung, der eine stärkere Betonung der präsidentiellen Selbständigkeit fordert, wirklich gelingt, sich durchzusetzen. Zur Erreichung dieses Zieles bedarf es durchaus neuer Bestimmungen. Die bestehende Verfassung gibt vielmehr bereits dem Präsidenten das Recht die Kammern aufzulösen, gegen parlamentarische Beschlüsse sein Veto einzulegen, seine Minister nach eigenem Belieben zu wählen und dem Parlamente seine Ansichten und Wünsche in der Form von Botschaften kundzutun. Die ersten beiden Präsidenten der dritten Republik, Thiers und Mac Mahon, unternahmen den Versuch, von den bezeichneten Rechten Gebrauch zu machen, verschwanden aber alsbald in der Verleugung, und seitdem hat kein französisches „Staatsoberhaupt“ das gleiche Vagnis vollführt. Die gedachten Verfassungsvorschriften stehen seitdem bloß auf dem Papiere, und der Präsident der dritten Republik führt ein Scheinwesen, während der eigentliche Inhaber der obersten Gewalt der jeweiligen Ministerräsident ist. Ob es anders werden wird unter dem kommenden Manne, den die Nationalversammlung in Verzeihung am 17. Januar 1913 auf den Schild erheben wird?

Wir schließen an die vorstehenden Ausführungen folgende Pariser Meldung:

Trotz der Weigerung von Bourgeois' führen mehrere radikale Blätter fort, seinen Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik eifrig zu befürworten. Der unabhängige Sozialist Bréton fordert im „Evenement“ Bourgeois auf, den Bitten seiner zahlreichen Freunde nachzugeben, da nur durch seine Kandidatur gegenwärtig das Eingreifen aller linksrepublikanischen Parteien erzielt werden könnte.

Die Balkantrife.

Die Friedenskonferenz hält ihre nächste Sitzung am Donnerstag ab.

Der Fall Prochaska.

Das i. f. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau gibt folgenden Bericht aus: „Die vom Ministerium des Aeußeren in der Angelegenheit des Konsuls Prochaska in Priazrend durch den von Wien entsandten Delegierten gesprochene Untersuchung, die sich infolge der großen Entfernungen und der durch die Kriegslage geschaffenen Verhältnisse eingemessen in die Länge zog, ist nunmehr abgeschlossen. Auf Grund ihrer Ergebnisse kann erzkreuliche Weise konstatiert werden, daß die im Umlaufe gewesenen Gerüchte, wonach Konsul Prochaska serbischerseits auf seinem Posten förmlich gefangen gehalten, ja sogar mißhandelt worden wäre, jeder Grundlage entbehren. Die seinerzeit von der serbischen Regierung gegen den genannten Konsularfunktionär mit Ersuchen um dessen Erziehung erhobene amtliche Anklagebildung, daß beim Einzuge der serbischen Truppen in Priazrend aus dem i. u. i. Konsulat erschossen worden wäre, hat sich als vollkommen unzutreffend erwiesen. Dagegen haben sich die serbischen Militärbehörden in Priazrend allerdings unserem dortigen Konsulat und dessen Leiter und Personal gegenüber vom völkerrechtlichen Standpunkte aus mehrfach ins Unrecht gesetzt. Die in dieser Beziehung vorgekommenen Verstöße werden der serbischen Regierung mit dem Begehren um entsprechende Genugtuung bekanntgegeben werden. Es ist kein Grund zur Annahme vorhanden, daß die serbische Regierung, welche sich der Mission des Delegierten des Ministeriums des Aeußeren gegenüber durchaus entgegenkommend zeigte, diese Genugtuung verweigern werde.“

Die Wiener Presse zur Lage.

Bei Besprechung der Londoner Friedenskonferenz erklären die Wiener Blätter: Die allgemeine Hoffnung

Europas sei darauf gerichtet, daß die Genesung nicht unüberdrißbar sein möchte. Ein baldiger Friedensschluß sei nicht nur für beide Parteien von großem Vorteife, sondern auch im allgemeinen Interesse gelegen. Sämtliche Blätter sprechen ihre lebhafteste Genugtuung aus, daß die ursprünglich wegen der Angelegenheit Prochaska abgelehnten Befürchtungen nach der amtlichen Darstellung unbegründet erschienen, und geben der Aufrichtigkeit Ausdruck, daß die Angelegenheit eine glückliche Erledigung finden werde.

Eine serbische Beschwerde in Wien.
Die Wiener „N. Fr. Pr.“ meldet aus Belgrad: Anlaßlich der sich häufenden Beschwerden serbischer Bürger über das Verhalten der ungarischen Grenzbehörden erstellte die serbische Regierung dem Wiener serbischen Gesandten den Antrag, bei der österreichisch-ungarischen Regierung vorzutreten.

Österreichische Kohlenbestellungen.
Neber die Meldungen von bedeutenden Kohlenbestellungen Oesterreich-Ungarns im Auslande wird von zuständiger Stelle erklärt: Die Kohlenbestellungen sind teils auf der Grundlage des verspätet bewilligten Budgets für 1912, teils auf Grundlage des Budgets für 1913, in das ein größerer Betrag als bisher für Kohlen einstellt worden ist, gemacht worden. Die eingehenden Lieferungen sind also als die normale Ergänzung anzusehen.

Griechische Angriffe auf Mytilene.
Wie ein Telegramm des Kommandanten des türkischen Detachements an Kapitane, Abdul Shani, meldet, erschienen drei in Kriegsschiffe verwandelte griechische Dampfer vor Mytilene, forderten die Schiffe auf, sich aus dem Hafen zu entfernen, und bombardierten, als sie sich weigerten, den Hafen. Das Gebäude der Petite Publique, das Zollgebäude, zwei Bäder, eine Bäckerei, zwei Cafes und ein Hotel gingen in Klammern auf. Einige Häuser erlitten Beschädigungen, Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Hoffmann, Beyer & Co., Dresden-A., Wein- und Spirituosens.

besenk
chinen
äder
atie
chf.
unfr.